

Arbeits-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 32

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Gross-Broich-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 12. August 1922

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
paralleleseite oder deren Raum 5 Mark
(der Betrag ist stets vorher einzusenden),
Verbandsanzeigen 2 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Seit März dieses Jahres ist die Lage des Arbeitsmarktes in unserm Gewerbe eine günstige. Nach unserer Arbeitslosenstatistik betrug die Zahl der arbeitslosen Mitglieder in den Monaten Mai und Juni 0,3 %, auch das Ergebnis für Juli wird kein ungünstiges sein; denn nach dem uns am 1. August vorliegenden noch unvollständigen Material aus 115 Orten mit 84 872 Mitgliedern ist zu entnehmen, daß in 89 Orten überhaupt keine arbeitslosen Kollegen waren, in den übrigen 28 Filialen waren 162 Mitglieder in der letzten Juliwocche arbeitslos. Angesichts der furchtbaren Geldentwertung und der damit verbundenen ungeheuren Preissteigerung für den gesamten Lebensunterhalt ist diese Lage des Arbeitsmarktes ein kleiner Lichtblick. Es ist daher zu hoffen, wenn der gewerkschaftliche Nachschubdienst vom 29. Juli schreibt, wollte man die Lage der Volkswirtschaft nach dem Beschäftigungsgrade der Industrie und dem Umlaufe der Arbeitslosigkeit einschätzen, so müßte Deutschland gesundheitsstrotzend dastehen. Von Monat zu Monat senkten sich die Zahlen der Arbeitslosen bis auf einen Stand, wie ihn die Vorkriegsjahre kaum auswiesen. Nach den Feststellungen der Verbände waren Anfang Juni nur 0,7 % der Mitglieder arbeitslos, das ist knapp der dritte Teil des Durchschnitts der Vorkriegsjahre. Im ganzen geben die berichtenden Sachverbände rund 40 000 Arbeitslose von 6 1/2 Millionen Mitgliedern an, während Anfang Juni des vorigen Jahres von rund 5 1/2 Millionen Mitgliedern über die berichtet wurde, 214 000 arbeitslos waren. Die günstige Geschäftslage erstreckt sich auf fast alle Berufe und Industrien. Von 41 Sachverbänden, die berichteten, waren in 30 unter 1 % der Mitglieder arbeitslos, 4 Verbände meldeten von 1 bis 2 % als arbeitslos, und nur in 7 Verbänden stieg die Zahl der Arbeitslosen über dieses Maß. Notleidend ist vor allem die Nahrungsmittelindustrie. Tabakarbeiter 2,5 %, Bäcker 3,9 % und Fleischer 11,8 %. Besonders hoch ist die Zahl der Arbeitslosen noch bei den Gutarbeitern mit 5,7 % und den Glasern mit 3,3 %.

Dementisprechend hat auch die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten eine ganz erhebliche Senkung erfahren. Unterstützt wurden am 1. April 158 000, am 1. Mai 80 000, am 1. Juni 38 300, und am 1. Juli nur noch 19 900 (davon 14 000 männliche und 5900 weibliche). Diese beträchtliche Senkung ist allerdings zum Teil darauf zurückzuführen, daß auf Drängen des Reichsarbeitsministeriums ein verstärkter Druck auf die langfristig Erwerbslosen ausgeübt wurde, um diese in der Zeit des regsten Geschäftsganges zur Arbeitsannahme zu bewegen. So wurde unter anderem bereits Mitte Mai in 195 Gemeinden, die seit dem 1. Oktober 1921 regelmäßig 20 und weniger Erwerbslose unterstützten, das Vorliegen eines Bedürfnisses für die Erwerbslosenfürsorge verneint. Soweit noch Personen in Fürsorge standen, die auch jetzt noch nicht Arbeit finden konnten, sollten diese andern Formen der öffentlichen Hilfe überwiesen werden, um so die unerbittlich hohen Verwaltungskosten der Fürsorge zu ersparen. Außerdem wurde in den Berufsgruppen mit besonders guter Arbeitsmarktlage die Höchstdauer der Unterstützung auf 13 Wochen beschränkt. Ein gleiches trat auch für jugendliche ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Diese Maßnahmen haben sicher die Zahl der Unterstützten stark herabgedrückt, aber die neueren Meldungen aus den übrigen Orten zeigen auch dort starken Rückgang der Zahl der Unterstützten. In nur 22 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern entfallen auf je 1000 Einwohner 1 bis 1,9 Unterstützte, in 6 Städten 2 bis 2,9 und in 2 Städten 3 bis 3,9 Unterstützte. Alle bleiben unter 1 vom Tausend. Auch in den Bezirken, die bis recht weit in das Jahr 1922 hinein besonders notleidend waren, hat sich die Lage entschieden gebessert. Groß-Berlin meldet nur noch 4517 Unterstützte gleich 1,2 vom Tausend, Hamburg 1244 gleich 1,3 vom Tausend, Kiel 220 gleich 1,1 vom Tausend, Königsberg 159 gleich 0,6 vom Tausend, Leipzig 366 gleich 0,6 vom Tausend.

In Verbindung mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit wird die Plage über den Mangel an gut ausgebildeten Fach-

arbeitern immer dringlicher. Es wird vielfach verlangt, den Zugang ausländischer Berufsarbeiter zu erleichtern. Trotz der günstigen Zahlen soll sich aber niemand darüber täuschen, daß die deutsche Wirtschaft auf sehr schwanke Füßen steht, daß der angespannte Arbeitsmarkt nur auf der fortschreitenden Verelendung unseres Geldes beruht und vom Zusammenbruch bedroht ist, und letzteres um so mehr, als sich immer mehr die Tendenz durchsetzt, die Preise für im Inland gewonnene Lebensbedürfnisse den Weltmarktpreisen gleichzusetzen, eine Tendenz, die zur Vernichtung unserer Exportmöglichkeit führen muß und die nur durch immer weitere Geldvermehrung aufgehoben werden kann. Die günstigen Zahlen des Arbeitsmarktes sollen daher nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon heute alle Vorbereitungen getroffen werden müssen, um kommender, unüberwindlicher Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Das Existenzminimum im Juli.

Von Dr. A. Kuczyński.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Juli fast anderthalb mal so hoch als im Juni, fast doppelt so hoch wie im April, etwa dreimal so hoch wie im Januar/Februar und fünfmal so hoch wie im Juli 1921 und 1920.

Rationiertes Brot und Milch kosteten dreimal, soviel als vor einem Jahre, Gas viermal soviel, Hafersfloeden, Reis, Kartoffeln, Margarine, Britetts fünfmal soviel, Speisebohnen, Speck, Zucker sechsmal soviel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Rationiertes Brot kostete 85mal soviel als vor 8 Jahren, Gas 42mal soviel, Milch 51mal soviel, Margarine 65mal soviel, Britetts 72mal soviel, Brot im freien Handel 78mal soviel, Reis 84mal soviel, Zucker 100mal soviel, Kartoffeln 110mal soviel, Speck 140mal soviel.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 104 M., für eine Frau auf 210 M., für einen Mann auf 288 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Juni 1914 für ein Kind 1,69 M., für eine Frau 3,17 M., für einen Mann 4,03 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 8 Jahren billiger, weil zum Beispiel billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

Preis für	Juli 1922	Juli 1914
2000 g Brot (rationiert)	1715	49
250 " Roggenmehl	550	7
125 " Hafersfloeden	375	6
250 " Graupen	650	10
1250 " Kartoffeln	1400	13
1000 " Gemüße	1200	14
125 " Margarine	1300	20
250 " Marmelade	800	15
250 " Zucker	1190	12
1 Liter Milch	1170	23
Zuf. für ein sechs- bis zehnj. Kind ...	10350	169
500 g Brot (freier Handel)	935	12
125 " Hafersfloeden	375	6
250 " Speisebohnen	625	11
1000 " Kartoffeln	1120	10
250 " Büchsenfleisch	2800	56
125 " Speck	2800	20
250 " Salzheringe	700	13
125 " Margarine	1300	20
Zusammen für eine Frau ...	21005	317
500 g Reis	1850	22
250 " Erbsen	675	11
125 " Speck	2800	20
250 " Salzheringe	700	13
125 " Margarine	1300	20
Zusammen für einen Mann ...	28330	408

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 Kubilmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 14 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 82,30 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 31,20 M.

(0,75 M.). Für Bekleidung, das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 222 M. (2,50 M.), Frau 148 M. (1,65 M.), Kind 74 M. (0,85 M.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 31 % (1913/14: 25 %) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Gepaar	Gepaar mit 2 Kindern
Ernährung	288,—	498,—	700,—
Wohnung	14,—	14,—	14,—
Heizung, Beleuchtung	114,—	114,—	114,—
Bekleidung	222,—	870,—	518,—
Sonstiges	196,—	307,—	417,—
Juli 1922	829,—	1298,—	1763,—
Juni 1922	579,—	887,—	1195,—
Juli 1921	156,—	237,—	324,—
Juli 1920	154,—	230,—	324,—
Aug. 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920—1922 vergleiche mein Buch „Verbrauchernot und Wälua“, Verlag Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestberdienst im Juli 1922 für einen alleinstehenden Mann 138 M., für ein kinderloses Ehepaar 216 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern mit 6 bis 10 Jahren 294 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 43 250 M., für das kinderlose Ehepaar 67 700 M., für das Ehepaar mit 2 Kindern 91 950 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Juli 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 829 M., das heißt auf das 49,5fache, für ein kinderloses Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 auf 1763 M., das heißt auf das 61,2fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt nicht mehr 2 Pfennige wert.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten für Juli 1922. Die auf Grund der Erhebungen des Statistischen Reichsamtes über Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juli auf 4900 gestiegen, gegenüber 3779 im Juni. Die Steigerung ist diesmal außerordentlich groß; sie beträgt 32 vom Hundert gegen 9,2 vom Hundert vom Mai auf Juni. Die Reichsindexziffer für Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juli auf 6836. Das bedeutet eine Steigerung von 33,5 vom Hundert gegenüber dem Vormonat; dieselbe ist demnach nicht viel höher als die der Gesamtausgaben.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben die Währungsverflechtung und die ihr ständig folgenden sprunghaften Preissteigerungen sämtlicher in die Erhebung eingezogenen Lebensbedürfnisse (mit Ausnahme der Wohnungsmiete), und besonders auch die hohen Preise für Kartoffeln neuer Ernte beigetragen. Der Fortschritt der Teuerung ist sowohl in den Großstädten wie in den mittleren und kleineren Städten wenig einheitlich; in keiner Erhebungsgemeinde ist in dessen die Teuerung gegenüber dem Vormonat um weniger als 20 vom Hundert gestiegen.

Gegen den Wucher.

Die Marktentwertung schreitet fort. Der Dollarkurs steigt von Tag zu Tag. War er am 31. Juli noch mit 674 der höchste, so hat er in wenigen Tagen 800 weit überschritten. Wir befinden uns auf dem besten Wege, in österreichische Bahnen zu gelangen. Unheimlich klettern die Preise hoch; denn die Geschäftsleute verstehen es ausgezeichnet, die deutschen Inlandspreise, vom notwendigen Lebensbedarf bis zum Luxusgegenstand, flugs den Weltmarktpreisen anzupassen. Was können wir tun, schreibt hierzu der Sozialdemokratische Parlamentsdienst? Sollen wir die Hände in den Schoß legen und mit Fatalismus dem Weitsitz der Mark und des Dollars zusehen und auf bessere Zeiten warten? Die arbeitspolitische Situation treibt allem Anschein nach jetzt rascher einer Lösung entgegen. Nichts ist in den entscheidenden Stunden nötiger als kaltes Blut — kaltes Blut auch bei den Massen. Was sehen wir aber? Die Arbeitslosigkeit und die Gerechtigkeit nehmen zu. Gewiß ist der Stand des Dollarkurs, gewiß sind die französischen Drohworte keine Kleinigkeit. Aber es ist auch nicht nötig, daß Alarm geschlagen und eine Panik herabgerufen wird. Schlimm ist die Lage, aber sie ist nicht viel schlimmer, als sie etwa vor drei Monaten war. Wirklich schlimm wird es erst, wenn das Volk das Gefühl

bestimmt, daß es den Nachschlägen der Panik, der Teuerung, der Preis-anarchie schuklos preisgegeben ist.

Die durch ihre Organisationen wirtschaftlich bewaffneten Volksguppen können sich vielleicht noch vor dem Schlimmsten schützen. Aber was soll nun aus den vielen andern werden, die schon jetzt am Hungerstich nagen. Was wird aus den kleinen Rentnern, den Sozialrentnern und allen den Schichten, in denen bereits heute der Hungertypus wütet? Wir erleben heute eine vollständige Verwerfung, und wir stehen schafflichen Geschehens. Noch einige Wochen und wir stehen mitten in einer wahren Preisanarchie. Jede Gruppe diktiert und heßt die andere vorwärts. Das geht nicht so weiter. Das Volk muß das Gefühl bekommen, daß wenigstens der Versuch gemacht wird, mit kräftigen Mitteln dem Preiswettbewerb und der hemmungslosen Preissteigerung Einhalt zu tun. Wir haben wohl draußen im Lande Preisprüfungsstellen die Menge. Da und dort taugen sie etwas. Das hängt von lokalen Verhältnissen ab. Ganz allgemein aber brauchen diese Preisprüfungsstellen dem Volk gegenüber mehr Autorität. Diese kann nur geschaffen werden, wenn vom Reich aus feste Normen für das ganze Reich zur Eindämmung des Preiswuchers aufgestellt und rücksichtslos durchgeführt werden. Eine zentrale Preisformmission muß Wandel schaffen.

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Zuchthausstrafen auf die Ueberschreitung der für bestimmte Zeiträume festgesetzten Preisgrenzen. Mit Geldstrafen erreicht man gar nichts. Bei den Nahrungs- und Genussmitteln muß angefangen werden, weil hier der Wucher geradezu gemeingefährlich ist. Man darf aber nicht bei den Nahrungsmitteln stehen bleiben, sonst sagt die Landwirtschaft mit Recht, nur ihr allein gegenüber zeige man die starke Faust. Es muß einer gehalten werden wie der andere. Das Volk will Festigkeit und Energie sehen. Ein paar Wochen noch, und die neue Ernte ist da. Soll auch in diesem Jahr über den Wucher nur geredet werden?

Lohnbewegungen.

Weitere zentrale Lohnverhandlungen im Malergewerbe.

In einer Zeit unerhörter Preissteigerungen finden am 9. dieses Monats, wie bereits am 14. Juli vereinbart, weitere Lohnverhandlungen vor unserm Haupttarifamt statt. Viel stärker als je hat die Teuerung inzwischen eingeseht und der katastrophale Sturz unserer Zahlungsmittel läßt auf eine Fortsetzung dieser unheilvollen Entwicklung in den nächsten Wochen schließen. Wir haben den Arbeitgeberverband bereits schriftlich auf die sich hieraus auch für die kommenden Verhandlungen ergebende Situation hingewiesen, und nur, weil das Haupttarifamt, wenn überhaupt, günstigstenfalls höchstens einige Tage früher als an dem bereits festgelegten 9. August hätte zusammenkommen können, davon abgesehen, den Versuch zu machen, diesen Termin abzukürzen. Natürlich wird bei den Verhandlungen alles geschehen, um die berechtigten Ansprüche der Kollegen weitmöglichst durchzusetzen.

Wenn diese Beilen in die Hände der Kollegen kommen, sind die Filialverwaltungen jedenfalls von dem Ergebnis der Verhandlungen schon unterrichtet worden.

Baugewerbliches.

Staatliche Beihilfen an Lehrlinge des Baugewerbes.

Der Reichsarbeitsminister hat durch ein Rundschreiben an die Regierung der Länder vom 15. Juli dieses Jahres mitgeteilt, daß er aus Mitteln der Erwerbslosensfürsorge 1 Million Mark zur Förderung der Lehrlingshaltung im Baugewerbe zur Verfügung gestellt hat. Die Landesberufsämter, denen die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, sollen davon ein Fünftel für Berufswende (zur Erlernung des Bauhandwerks) und ein Fünftel für Sachleistungen an Lehrlinge des Baugewerbes verwenden.

Diese Sachleistungen sollen als einmalige Beihilfen solchen Lehrlingen gewährt werden, deren finanzielle Notlage eine Unterstützung notwendig macht. Sie sollen in der Regel 1000 M nicht übersteigen und sind durch das örtliche Berufsamt beim Landesberufsamt zu beantragen. Voraussetzung ist, daß ein ordnungsmäßiges Lehrverhältnis mit Lehrvertrag vorliegt.

Die Zahlung solcher Beihilfen an Lehrmeister soll in der Regel ausgeschlossen sein. Die Beihilfen können verwendet werden: zur Lieferung von Arbeitsgerät und als Beitrag zur Beschaffung von Arbeitskleidung, als Zuschüsse an die Eltern für die Kosten des Lebensunterhalts des Lehrlings, als Beiträge zu den Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle, als Beiträge für Unterbringung in Lehrlingsheimen. Es ist notwendig, in Arbeiterkreisen Kenntnis von dieser Unterstützungsmöglichkeit zu verbreiten, damit nicht ohne zureichende Gründe Jugendliche in das große Heer der ungeschulten Arbeiter gedrängt werden.

Gewerkschaftliches.

Zur Frage der Reformierung der Gewerkschaften nach dem Grund des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses eine Reorganisation des Maschinisten- und Heizerverbandes Stellung. Nachstehende Entschlüsse sind einstimmig Annahme:

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress hat eine Resolution angenommen, deren Inhalt bereits bekannt ist. Diese Resolution geht von der erfolgreichen Konzentration der kapitalistischen Wirtschaft aus und will entsprechend dieser industriellen Zusammenballung die Gewerkschaftsbewegung einem Neuanfang unterwerfen. Jeder Versuch zur praktischen Durchführung dieses Gedankens muß die Erkenntnis bringen, daß eine Gewerkschaftsreform in diesem Sinne nicht zu verwirklichen ist. Die angelegentlichste Resolution sagt keine klar vorgezeichneten

Organisationsform, ob Industrie- oder Betriebsorganisation, erkennen, trotzdem verlangt die Resolution eine grundlegende Aenderung der bisherigen Organisationsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechts. Der Bundesvorstand und Bundesausschuß sind beauftragt, die hierzu erforderlichen Vorlagen auszuarbeiten und den einzelnen Verbänden zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen. Hierdurch kommt klar zum Ausdruck, daß eine willkürliche und zwangsweise Umstellung der einzelnen Verbände nicht vorgezogen werden darf. Demnach bleibt jede Umstellung der einzelnen Verbände nach wie vor entsprechend dem geltenden Gewerkschaftsrecht der Entscheidung der Mitglieder der einzelnen Verbände vorbehalten.

Die Anhänger der Resolution Dikmann werden auf Grund dieses Beschlusses in der jetzt vermutlich einsetzenden Agitation alle möglichen Gewerkschaftsformen an die Wand malen, und zwar so, wie es für jeden Verband am brauchbarsten erscheint. Gemäß dieser in Aussicht stehenden unfairen Agitation muß mit aller Entschiedenheit immer wieder auf die auch heute noch zu Recht bestehenden Bundesorganisationen verwiesen werden. Das bisher bestehende Gewerkschaftsrecht ist auch nach Annahme der Resolution Dikmann unverändert geblieben. Des ferneren muß festgestellt werden, daß bei der Annahme der Resolution Dikmann ausdrücklich betont wurde, daß jeder Zwang ausgeschlossen bleiben soll.

Ausgehend von vorstehender Erkenntnis hält der Verbandsbeirat trotz alledem an den auf früheren Verbandstagen beschriebenen und in Beschlüssen niedergelegten Aufstellungen fest und lehnt eine Zersplitterung oder Aufstellung unseres Verbandes, die zum Schaden der Mitgliedschaft ausschlagen würde, mit aller Entschiedenheit ab. Die Erfolge und Leistungen unseres Verbandes waren nur möglich auf der gegenwärtigen Basis unserer Organisation.

Nach alledem erklärt der Verbandsbeirat, daß nach reiflicher Ueberlegung eine zwingende Veranlassung zur Umstellung unserer Organisationsform nicht vorliegt. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist noch so unklar, daß ein darauf zu errichtender Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung nicht erfolgen kann. Aus diesen Gründen wendet sich der Verbandsbeirat mit aller Entschiedenheit gegen eine Neufunktionierung der Gewerkschaftsbewegung und fordert seine Funktionäre und Mitglieder im Lande auf, einer unfairen Agitation energisch entgegenzutreten. Der Verband der Maschinisten und Heizer wird in seiner gegenwärtigen Form bestehen bleiben und steht für den Verbandsbeirat den Entscheidungen des Bundesvorstandes mit Ruhe entgegen.

Der jetzt ungefähr 106 000 Mitglieder zählende Verband nahm in dieser Beiratsitzung auch zu den politischen Vorkommnissen der letzten Zeit Stellung und faßte eine Entschlieung, worin der Verbandsbeirat die Mitglieder auffordert, gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft in den künftigen Kämpfen zum Schutze der Republik ihren Mann zu stellen, während der Verbandsvorstand und -beirat erklären, nach wie vor alles aufzubieten, um die politische Kampffront durch geschlossene Betätigung der Verbandsmitglieder zu stärken und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu unterstützen.

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter nahm ebenfalls eine entschiedene ablehnende Haltung zu einer Organisationsumformung im Sinne des Leipziger Kongressbeschlusses ein. Eine vom Verbandsvorstand vorgelegte Resolution wurde nach dem Referat des Vorsitzenden Drey über Betriebs- und Industrieorganisationen einstimmig angenommen. Sie bringt unter anderem zum Ausdruck, der Verband sei heute schon mehr als eine Industrieorganisation im Sinne der Leipziger Kongressbeschlüsse. Er umfasse die wesentlichen Teile von 6 großen Industriegruppen. Die Verbandsgenossen und -funktionäre werden aufgefordert, Einbrüche in das Organisationsgebiet abzuwehren, zugleich aber auch, noch mehr als bisher, Uebergriffe in den Bereich anderer Organisationen zu vermeiden und die Abstoßung nicht zu uns gehörender Mitglieder zu vollziehen. Der Verbandstag bekannte sich zu dem Grundsatze, daß sich die Entwicklung der Gewerkschaften in der Richtung zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden vollziehe, er sei auch in Zukunft bereit, jeden Antrag auf Aufgeben eines andern Verbandes in den Fabrikarbeiterverband zur Erlangung noch größerer Leistungsfähigkeit und Schlagkraft in bereitwilligster Weise zu prüfen. Der Vorstand wird zu Verhandlungen ermächtigt, die sich aus der Umformung der Organisationen ergeben, doch sei jede Organisationsumstellung, die dem Verbandsbeirat der Fabrikarbeiter die Tätigkeit für Kollegengruppen, deren geistig-soziale Interessen er bislang zu verteidigen hatte, im wesentlichen entzieht, abzulehnen. An der Mitgliedschaft in einem Gewerkschaftsbund, der einer der ältesten, an Mitgliederzahl zurzeit zweitstärksten freigewerkschaftlichen Organisationen den Boden für fernere gewerkschaftliche Tätigkeit untergraben will, hat der Verband der Fabrikarbeiter kein Interesse. Der Vorstand wird für diesen Fall ermächtigt, die Loslösung vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Erwägung zu ziehen.

Daß der Beschluß des Kongresses zu solchen Vorgängen führen wird, war vorauszusehen. In der Frage der Organisationsform kann keine zwingende Vorbestimmung zu einem gedeihlichen Einvernehmen führen, eine solche wird, wie ausdrücklich auf dem Gewerkschaftskongress zum Ausdruck kam, nur zum Schaden des Zusammenarbeitens der Gewerkschaften dienen. Es wäre zu wünschen, daß Vorstand und Ausschuß des ADGB eine baldige gerechte und beiderseits befriedigende Lösung der ihnen zugetragenen Aufgabe finden.

Der Leberarbeitersverband hatte im Jahre 1921 einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl vermehrte sich um 8162 Mitglieder, sie stieg auf 43 003 Mitglieder am Jahreschlusse 1921. 2 Beitrags-erhöhungen mußten vorgenommen werden, um die Selbstentwertung auszugleichen. Die großen Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel brachten eine große Zahl von Lohnbewegungen mit sich. Der Verband führte insgesamt 447 Lohnbewegungen mit 169 578 Beteiligten. Von den 447 Lohnbewegungen waren 15 Streiks, an denen 226 Personen beteiligt waren. Durch die Lohn-

bewegungen wurde eine Lohnerhöhung für 162 877 Personen im Betrage von 11 624 616 M pro Woche erzielt. Die Einnahmen stiegen von 2 594 182 M im Jahre 1920 auf 6 978 206 M im Jahre 1921; außerdem hatten die Lokalkassen noch eine Einnahme von 1 885 001 M zu verzeichnen. Die Ausgaben betragen 3 967 270 M. Das Verbandsvermögen vermehrte sich von 1 146 914 M auf 4 152 850 M. Die gute Konjunktur brachte es mit sich, daß für Arbeitslosenunterstützung nur halb soviel verausgabt wurde wie im Vorjahre. Die Ausgaben für Streikunterstützung stiegen von 50 182 M im Jahre 1920 auf 698 917 M im Jahre 1921.

Eine vom Verbandsbeirat aufgenommene Statistik hat ergeben, daß das Organisationsverhältnis der Leberarbeiter zurzeit ein sehr gutes ist. Die Statistik ergab, daß in 1584 Betrieben 41 408 männliche und 10 379 weibliche Personen, insgesamt 51 787 Personen beschäftigt waren. Davon waren 49 028 Beschäftigte oder rund 95 % organisiert und 2759 Beschäftigte oder rund 5 % nicht organisiert. Der numerische und finanzielle Aufstieg des Verbandes im Jahre 1921 wird den organisierten Leberarbeitern ein Ansporn sein, auch in Zukunft an dem weiteren Ausbau des Verbandes rastlos mitzuarbeiten.

Sozialpolitisches.

Die endgültige Form der Zwangsanleihe. Es ist die Tragik in der Entwicklung der deutschen Steuererhebung, daß das Notwendige zu spät und dann nur in unzureichendem Maße getan wird. Erst im Januar dieses Jahres sind die Steuern Gesetz geworden, die bereits im Juli 1921 bei einem weitläufig günstigeren Kalkula- und Finanzstand dem Reichstag vorgelegt wurden. Und was ist schließlich aus dem Kern dieser Gesetze geworden? Von einer wirklichen Erfassung der goldwertigen Sachwerte, einer Beteiligung des Reiches an den Dividendenrenten der Industrie ist keine Rede mehr, das schon sowieso verwässerte und verfluchte Reichsnotopfer ist aufgehoben worden, an seine Stelle ist ein Zuschlag zur laufenden Vermögenssteuer getreten. Das wirklich sichtbare Opfer des Reiches sollte die Zwangsanleihe in der Höhe von einer Milliarde Goldmark sein. Nach 6 Monate langen Ausschußberatungen ist nunmehr auch diese Zwangsanleihe unter Dach und Fach gebracht worden, aber die Verschlechterung und Verwässerung, die auch sie wieder erfahren mußte, und insbesondere der inzwischen eingetretene erneute Kurssturz der Mark, lassen es sehr fraglich erscheinen, ob die Zwangsanleihe noch einen nennenswerten Beitrag zur Sanierung der Finanzen leisten kann. Es war auch diesmal wieder so, daß gerade die Rechtsparteien und die großkapitalistisch orientierten Kreise, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne über die Regierung, ihre Wirtschaft im allgemeinen und ihre schlechte Finanzwirtschaft im besondern zu schimpfen, wieder alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um den finanziellen Ertrag der Zwangsanleihe zu beschneiden und die Abgabepflichtigen auf Kosten des Reiches zu schonen. An Stelle der im ursprünglichen Regierungsentwurf vorgesehenen Zinslosigkeit der Anleihe für die nächsten 3 Jahre forderten sie Verzinsung schon ab 1. November 1922, an Stelle der einhalbjährigen jährlichen Tilgung eine einprozentige; gleichzeitig sollte der Regierung das Recht entzogen werden, die Anleihe zum Börsenkurs zurückzukaufen, die juristischen Personen, die nach dem Regierungsentwurf mit der Hälfte ihres Vermögens abgabepflichtig sein sollten, wollten sie nur mit einem Viertel belasten. Umgekehrt wurden alle sozialistischen Anträge, die im Interesse der Reichsfinanzen einen größeren Ertrag der Zwangsanleihe erzielen wollten, zu Fall gebracht: unter andern die Forderung, daß entsprechend der inzwischen eingetretenen Selbstentwertung der Gegenwart einer Goldmilliarde mit 100 Papiermilliarden angelegt werde, daß, um eine Spekulation auf weitere Geldentwertung zu verhindern, die letzten Summen der Zwangsanleihe samt Strafzuschlägen mindestens die Höhe erreichen, um die am Tag der Zahlung das Verhältnis von Goldmark und Papiermark ungünstiger ist als 1 : 70. Schließlich erhielt die Anleihe folgende Form: Sie wird in Höhe von 70 Papiermilliarden erhoben, sie ist bis 1. November 1925 unverzinslich und wird von da bis 1930 mit 4 % und späterhin mit 5 % verzinst. An Stelle der bereits für dieses Jahr vorgesehenen Zwangsvorauszahlungen mit Strafzuschlägen tritt freiwillige Vorauszahlung mit Diskontvergünstigung. Bis zum Februar 1922 müssen zwei Drittel der Anleihe bezahlt sein, die endgültige Veranlagung erfolgt dann auf Grund des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1920. Die Strafzuschläge bei zu geringer Vermögensschätzung können bis zu 60 % betragen, allerdings nur, wenn vorläufige oder fabriklasse Mindereinschätzung nachgewiesen wird. Beachtung verdient noch, daß die Verjücker, die Verkauf- und Beleihbarkeit der Anleihe zu erleichtern, ohne Erfolg geblieben sind.

Die Berechnung des Volkvermögens spielt im Kampf um die Zwangsanleihe eine große Rolle. Man hat auf der Tagung des Sanierungsausschusses dem Reichsfinanzministerium den Vorwurf gemacht, daß es in seinem Entwurf das Volkvermögen viel zu niedrig eingeschätzt habe, so daß bei der Durchführung der Anleihe ein bedeutend größerer Betrag herauskäme als der, der ursprünglich angesetzt war. Die Regierung geht in ihrer Schätzung aus von dem deutschen Volkvermögen, das 1913 für den Wehrbeitrag mit 150 Milliarden eingeschätzt wurde. Sie rechnet für den Verlust der abgetretenen Gebiete einschließlich der durch die freie Grenze entstehenden Ausfälle ein Drittel des Friedensvermögens und kommt damit zu 100 Goldmilliarden, was 1200 Papiermilliarden gleichgesetzt wird. Der Ausschuß schätzt in seiner finanzpolitischen Korrespondenz den heutigen Wert unseres Volkvermögens auf höchstens 26 Milliarden Goldmark. Die Immobilien und Mobilien, die auf Grund der Feuerversicherungen 1918 mit 238 Milliarden angenommen wurden, werden von ihm mit einem Nettowert von 350 Milliarden in Rechnung gestellt. Durchschnitt hält die bisherige (im Jahre 1921) Preissteigerung für Miethäuser, die höchstens 25 % beträgt, im wesentlichen durch die Verluste durch Abtretungen und Ueberforderungen für ausgeglichen. Der städtische Boden wurde vor dem Krieg mit 30 bis 35 Milliarden geschätzt, der ländliche mit 40 Milliarden,

Der verbleibende städtische Boden ist nach Kuegynski kaum mehr wert als vor dem Kriege, der ländliche dagegen ist stark im Preise gestiegen und wird von ihm mit 150 Milliarden eingestuft. Einschließlich einer Verzierung des sonstigen Volksvermögens mit 100 Milliarden kommt er zu einem Gesamtvermögenswert von 100 Milliarden bei einer Schuldenbelastung von 250 Milliarden. — Das sind bei einem Dollarwert von 100 M 25 Milliarden Goldmark, bei einem Dollarwert von 800 M dagegen nur etwa 8 1/2 Milliarden Goldmark. Wallod schätzt in seiner Schrift: „Die Wiedergutmachungsfrage und ihre Lösung“ unser heutiges Volksvermögen auf 800 Milliarden Papiermark. Das sind bei einem Dollar von 100 M 800 Goldmilliarden und bei einem Dollar von 800 M etwa 11 Goldmilliarden. Wallod geht bei seinen Berechnungen davon aus, daß der Wert von Grund und Boden, Häusern und Fabriken nicht in demselben Verhältnis gestiegen ist, in dem der Geldwert gesunken ist. Man kann die Wertsteigerung der städtischen Mietshäuser mit höchstens 20 bis 25 % ansetzen, die der Fabriken nach dem Kursstand der Aktien mit 400 bis 500 % und die des landwirtschaftlichen Vermögens mit 5 % würde also nach der Regierungsschätzung 80 Milliarden, nach Kuegynski 86, und nach Wallod etwa 48 Milliarden ergeben. Angesichts der gerade im laufenden Jahre sehr starken Angleichung aller Inlandpreise an den Weltmarktpreis und der Aufhebung der Zwangswirtschaft auf allen möglichen Gebieten dürfte die Regierungsschätzung mit 1200 Milliarden Papiermark wohl ungefähr dem momentanen Wert unseres Volksvermögens entsprechen.

Gesetzliche Regelung der Ferienfrage. Während in Deutschland die Gewährung von Ferien an Angestellte und Arbeiter in Privatunternehmen der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen ist, besteht hierüber in Oesterreich ein Gesetz. Nunmehr folgt die Tschechoslowakei diesem Beispiel. Ein Gesetzentwurf über Arbeiterurlaub wurde vom Ministerium für soziale Fürsorge fertiggestellt und den wirtschaftlichen Körperschaften zur Begutachtung übermittelt. Der Arbeiter hat bei einjähriger ununterbrochener Dienstzeit Rechtsanspruch auf bezahlten Urlaub von sechs Arbeitstagen im Jahr, bei ununterbrochener zehnjähriger Dienstzeit auf zwölf Arbeitstage. Als Arbeitstage werden nicht betrachtet: die Sonntage, 1. Januar, 1. Mai, 6. Juli, 28. Oktober, 25. Dezember, der nächste nach dem Ostersonntag, dem Pfingstsonntag und dem Christtag, wo jede Arbeit nach den geltenden Vorschriften über die Sonntagsruhe und achtstündige Arbeitszeit zu unterbleiben hat. Fällt in den Urlaub eines Arbeiters einer dieser Tage, so wird dieser nicht mitgerechnet. Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren haben schon nach ununterbrochener sechsmonatiger Dienstzeit Anspruch auf einen zehntägigen bezahlten Urlaub. Militärische Dienstleistung, Ausbleiben vom Dienst wegen Krankheit, Unfall oder wegen eines andern wichtigen, die Person des Arbeiters betreffenden Grundes, falls nicht ein persönliches Verschulden oder eine grobe Nachlässigkeit vorliegt, unterbrechen den Fortgang der Dienstzeit nicht. Das gleiche gilt bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit und bei Wechsel des Arbeitsverhältnisses, falls zwischen dem Austritt und dem Eintritt in die neue Arbeit nicht mehr als ein Monat verfloßen ist. Die in dem Jahre, in dem der Urlaub beansprucht wird, unbegründet vernachlässigten Arbeitstage werden von der Urlaubszeit abgerechnet. Arbeitstage, die aus der Urlaubszeit abzuziehen sind, bezeichnet der Unternehmer in dem Arbeitszeugnis, wenn der Arbeiter aus seinem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Darüber, welche veräumten Arbeitstage vom Urlaub abzusehen sind, entscheidet im Einzelnen mit dem Vorstehenden oder einem andern hierzu bestimmten Mitglied des Betriebsausschusses die Verwaltung des Betriebes. Wo der Betriebsausschuß fehlt, hat die Betriebsleitung mit der Vertrauensperson der Beschäftigten oder mit dem ältesten der im Betriebe beschäftigten Arbeiter über die vom Urlaub abzuziehenden veräumten Arbeitstage zu beraten. Arbeitnehmer, die vor Eintritt desurlaubes aus wichtigen Gründen entlassen werden, die den Unternehmer zur Lösung des Dienstverhältnisses nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften ohne Kündigung berechtigen, haben keinen Anspruch auf Urlaub. Die Einstellung desurlaubes ist von der Betriebsleitung mit dem dazu bevollmächtigten Vertreter des Betriebsausschusses oder dem Vertrauensmann der Beschäftigten vorzunehmen.

Verschiedenes.

Das Hamburger Arbeitsamt auf der Ausstellung für Siedlung, Sozialfürsorge und Arbeit in Magdeburg. Am 1. Juli d. J. wurde in Magdeburg die mitteldeutsche Ausstellung für Siedlung, Sozialfürsorge und Arbeit eröffnet, eine Ausstellung, die für Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler eine große Fülle von wertvollen Anregungen bietet. Mit Genehmigung des Senats hat auch die Behörde für das Arbeitsamt die Ausstellung, die bis 31. Oktober d. J. währen wird, besucht. Das Arbeitsamt zeigt dort in graphischer und plastischer Darstellung die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsvermittlung seit Dezember 1918. Die plastische Darstellung, in mühsamer Arbeit angefertigt von dem Lehrer an der Kunstgewerbeschule, Herrn Pralle, gibt auch dem Laien ein ungemein klares Bild von dem allmählichen Wiederaufkommen von Handel, Schiffahrt und Gewerbe in Hamburg. Ferner sind eine ganze Reihe von Erzeugnissen der Betriebswerkstätten für Erwerbsbeschränkte ausgestellt, die namentlich berufsmäßige und ehrenamtliche Organe von Wohlfahrtsämtern in Deutschland anregen sollen, die ungemein wichtige Frage einer lohnbringenden Beschäftigung Erwerbsbeschränkter auch in ihrem Kreise in Erwägung zu ziehen. Daneben zeigt die Abteilung für Erwerbsbeschränkte auch durch statistische Tafeln die Frequenzgiffer, Statistiken über den Gesundheitszustand, Arbeitsvermittlung von Erwerbsbeschränkten in private Betriebe und Zahl der in den staatlichen Werkstätten beschäftigten Personen. Mit Rücksicht darauf, daß die Hamburger Erwerbsbeschränkterfürsorge wiederholt von auswärtigen Wohlfahrtsorganen befragt worden ist und daß ferner zahlreiche Städte um Uebernahme von Richtlinien, Jahresberichten, Bilanzen ufm. ersucht haben, erschien es dem Arbeitsamt besonders wünschenswert, diesen Zweig seiner sozialen Tätigkeit möglichst eingehend darzustellen.

Es besteht die Absicht, die plastische Darstellung der Arbeitsgebiete des Arbeitsamtes, statistische Uebersichten und vor allem die Aufgaben der Erwerbsbeschränkterfürsorge auch in der in der kommenden Woche in Hamburg stattfindenden Ueberseewoche auszustellen.

Leipziger Herbstmesse 1922. Vom 27. August bis 2. September findet in Leipzig die diesjährige Herbstmesse statt, die wieder als der größte Warenmarkt der Welt auf alle Geschäftskreise des In- und Auslandes ihre alte Anziehungskraft ausüben wird. Die Erkenntnis, daß die Leipziger Messe ein unentbehrlicher Mittler zwischen den Erzeugern der Waren und ihren Abnehmern geworden ist, hat heute alle Kreise von Industrie und Handel durchdrungen. Das zeigt sich äußerlich in dem gewaltigen Anwachsen der Leipziger Musterchau gerade in den letzten Jahren, in denen die Zahl der Aussteller auf rund 13 000, die der Einkäufer auf weit über 100 000 gestiegen ist, so daß sich beispielsweise auf der letzten Frühjahrsmesse die Gesamtzahl der geschäftlichen Besucher auf rund 155 000, darunter 82 000 Ausländer, bezifferte. Auch für die diesjährige Herbstmesse haben sich bis zum 22. Juli bereits 11 800 Aussteller zum Messehadrückbuch angemeldet, so daß man wiederum auf ein riesigen-Warenangebot schließen kann. Neben deutschen Erzeugnissen wird man die Erzeugnisse fremder Länder vorfinden, da sich auch Ausländer des Leipziger Weltmarktes für den Warenabsatz bedienen. Die zu erwartende Musterchau von kaum dagewesener Reichhaltigkeit und Güte wird auch den Einkäuferbesuch aus dem In- und Ausland und damit das Messegeschäft wieder auf das günstigste beeinflussen.

Wie zu jeder Messe, so hat das Leipziger Messeamt auch diesmal zahlreiche Maßnahmen in bezug auf Wohnungsfrage, Verpflegung usw. getroffen, um den Mesibesuch zu erleichtern und den Messegästen durch allerlei Vergünstigungen den Aufenthalt in Leipzig so nutzbringend und angenehm wie nur möglich zu gestalten. Für den Mesibesucher von Wichtigkeit sind vor allem die Eisenbahnfahrpreisermäßigungen in Höhe von 20 bis zu 40 %, die er bei Benutzung der Gesellschafts-Sonderzüge genießt, die wieder auf zahlreichen Strecken verkehren. Das Messeamt befindet sich in der „Alten Waage“, die im Zentrum, an der Ecke von Markt und Katharinenstraße, liegt. Seine Erdgeschosse sind jetzt im Interesse des Publikums durch Umbau bedeutend erweitert worden.

Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten. Der Deutsche Erfinder-Schutzverband, e. V., München, gegründet 1912, veranstaltet während der Deutschen Gewerbechau in München eine große Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern günstige Gelegenheiten bieten soll, ihre Schutzrechte ohne große Kosten zu verkaufen. Vollständig mittellose und arbeitslose Erfinder sowie Kriegsbeschädigte erhalten gegen entsprechende behördliche Bescheinigung Freiplätze. Die Anmeldungen müssen sofort erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr im Ausstellungskatalog — Preis 10 M — aufgenommen werden können. Bedingungen durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Johastraße 20.

Vom Ausland.

Oesterreich. In Wien kam es im Malergewerbe wegen der Gewährung einer höheren Steuerzulage zu einem dreiwöchigen Kampf, der am 17. Juli mit Erfolg für unsere Kollegen beendet wurde. Im Baugewerbe war die Steuerzulage auf Grund der vom Staatsamt errechneten Veranschlagung schon vom 28. Juni ab gewährt worden. Der Veranschlagungstatistik der Meisterorganisation mißte, beschlossen unsere Kollegen, ihre Forderungen den einzelnen Arbeitgebern zu unterbreiten und bei Nichtbewilligung sofort die Arbeit einzustellen. Einzelne Firmen bewilligten sofort, in 12 Werkstätten kam es zum Streik, worauf die Meisterorganisation die Parole zur allgemeinen Aussperrung ausgab, mit dem Resultat, daß von 1800 beschäftigten Gehilfen gegen 1000 an dem Kampf beteiligt waren, von denen aber der größte Teil im Streik stand. Wie immer bei solchen Kämpfen hatten den Vorteil die Kleinstmeister, die auch in den Versammlungen die größeren Firmen überstimmten. Die Folge von alledem war denn auch, daß die ansässigen Firmen sehr bald darauf drängten, daß es zu einem Abschluß des Kampfes komme, und die Freie Vereinigung mußte alle Mittel anwenden, um den Abschluß von Einzelverträgen zu verhindern. Dies ist ihr nur zum Teil gelungen, denn gerade die größeren Unternehmungen sahen sich immer mehr und mehr genötigt, die von den Gehilfen geforderte Steuerzulage zu bewilligen, und wurde denn auch in den bestrittenen wie ausgesperrten Betrieben bereits wieder die Arbeit aufgenommen. Zu dem kam, daß die Steuerung immer weitere Fortschritte machte, wodurch auf seiten der Gehilfen die Erbitterung über die Rücksichtslosigkeit der einzelnen Unternehmer immer größer wurde, so daß mit einer längeren Dauer des Kampfes gerechnet werden mußte. Dies erkennend, rief die Wiener Arbeiterkammer die Vertreter der Meister wie die der Gehilfen zu einer Sitzung zusammen, um, wenn möglich, einen Ausgleich herbeizuführen. Bei dieser Sitzung zeigte es sich, daß das Kampfspiel der Meisterorganisationen prinzipieller Natur ist. Zunächst wollten sie von einem Abschluß von Organisation zu Organisation nichts wissen, sondern verlangten, daß nur die Gehilfenausschüsse mit der Meisterorganisation verhandeln. Auch bei den Verhandlungen über die Steuerzulage zeigte es sich, daß es nicht nur die Höhe der Zulage war, die von ihnen abgelehnt wurde, sondern die Zulage als solche. Auch die Urlaubsfrage spielte eine große Rolle. Die Verhandlungen gestalteten sich daher äußerst schwierig, und wiederholt schien es, als ob dieselben resultatlos abgebrochen und der Kampf weiter geführt werden sollte. Schließlich kam es zu folgender Vereinbarung: Der Vertrag wird von Organisation zu Organisation abgeschlossen. Die Zulage wird für alle Kategorien anerkannt; eine Differenzierung erfolgt nur in den Grundlöhnen. Bezüglich des Urlaubs gab der Obmann der Vereinigung die Erklärung ab, daß ein Separatabkommen getroffen wird, und daß die Verhandlungen mit rascher Beschleunigung geführt werden. Die Gehilfenorganisation erklärte sich auf Grund des Ueberein-

kommens bereit, den Streik vorläufig aufzuheben und denselben, falls die Verhandlungen rasch geführt werden, bis zum 14. August ruhen zu lassen.

Löhne und Arbeitszeit im Baugewerbe. Der oberste Industrie- und Arbeitsrat in Belgien erstattete dem Arbeitsministerium kürzlich mehrere Gutachten über die Durchführung des Gesetzes über den Achtstundentag in verschiedenen Gewerben.

Für das Baugewerbe empfiehlt der Ausschuß, die Arbeitszeit für je 14 Tage zu bestimmen, und zwar 98 Stunden von Februar bis April und von August bis Oktober, 84 Stunden für Dezember und Januar, und 108 Stunden von Mai bis Juli. Wenn der Arbeitnehmer nachweist, daß durch schlechtes Wetter Arbeitszeit verloren ging, können ihm besondere Ausnahmen bewilligt werden.

Das Internationale Arbeitsamt entnimmt aus den Mitteilungen der Vereinigten Staaten einige bemerkenswerte Angaben über den Fortschritt der 44-Stundenwoche in diesem Lande. Die Leiter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes erklären, daß in etwa 19 Berufen die 44-Stundenwoche für das ganze Land eingeführt ist. Mehr als fünfviertel Millionen Arbeiter kommen für diese Berufe in Betracht. Außerdem ist die gleiche Arbeitszeit für einzelne Teile in 18 weiteren Berufen durchgeführt. Die 44-Stundenwoche ist zurzeit für Zimmerer, Maler, Zeichner, Klempner, Dachbeder, Bauarbeiter, Drechsler, Würtler und Pinselmacher, Bekleidungsarbeiter, Steinhauer, Holzschneider und Bergarbeiter im ganzen Lande eingeführt. Für Fensterglaserarbeiter besteht eine wöchentliche Arbeitsdauer von 88 Stunden, täglich 8 1/2 Stunden.

In Australien gilt für das Baugewerbe die 44-Stundenwoche. Der Stundenlohn beträgt 2 Schilling 8 1/2 Pence, der Wochenlohnsatz 102 Schilling.

Ueber die im März 1922 üblichen Löhne in China veröffentlichte der „Manchester Guardian“ einige Angaben. Für ungelernete Arbeiter ist die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden, der durchschnittliche Tagesverdienst 80 bis 40 Kupfercents. Für Zimmerer und Maurer ist bei 9 bis 10stündiger Arbeitszeit 50 bis 90 Kupfercents Tagesverdienst, für Maler 50 bis 70, für Mechaniker 150 bis 200. Für welche Landesbezirke diese Sätze Geltung haben, ist nicht angegeben.

Der Reallohn in den Vereinigten Staaten. Der amerikanische Arbeitsminister Davis hat ein neues Lösungswort ausgegeben: Die Arbeiter müssen einen Lohn haben, von dem sie nach Bestreitung ihrer Lebenshaltungskosten noch etwas ersparen können. Der Lohn muß nicht nur zur Lebensführung reichen, sondern das Sparen ermöglichen. Aus Anlaß dieses hochtrabenden Programms bringt die amerikanische Zeitschrift „The Nation“ auf Grund amtlicher Statistiken lehrreiche Feststellungen über den gegenwärtigen Reallohn in den Vereinigten Staaten. Nach dem Bulletin des staatlichen Arbeitsamtes in New York betragen die Löhne im April dieses Jahres wöchentlich von 19 1/2 Dollar (in der Textilindustrie) bis 82 Dollar 76 Cents (in der Wasserwerk-, Beleuchtungs- und Elektrizitätsindustrie). Wenn der Arbeiter das ganze Jahr ohne Arbeitslosigkeit, Streik oder saisonmäßige Beschäftigungslosigkeit arbeiten könnte, so würde er durchschnittlich 1265 Dollar verdienen. Das arbeitsstatistische Amt berechnet den Durchschnittslohn der Bergarbeiter im Kohlenbergbau auf jährlich 1590 Dollar. Das nationale Industrieamt veröffentlicht auf Grund von Erhebungen in 4084 Großbetrieben ferner über die Lohnhöhe im Juni 1921, in einer Periode also, als die Löhne höher waren als heute. Damals war der wöchentliche Durchschnittslohn 22,89 Dollar, im Jahre also 1190 Dollar — wobei Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt wird.

Dasselbe arbeitsstatistische Amt veröffentlicht gettweise die Kosten der Lebenshaltung auf der Grundlage der Preise der Lebensmittel und Bekleidungsartikel im Kleinhandel, für eine aus 5 Mitgliedern bestehende Familie. Als Grundsatz der Berechnungen gelten Bedürfnisse, die zum anständigen Leben notwendig sind und die ohne Gefährdung der Gesundheit und Moral nicht gesenkt werden können. Demnach betragen die Kosten der Lebenshaltung im März 1922 2533 Dollar in San Francisco, 2351 Dollar in Philadelphia. In New York im April 1921 2368 Dollar, gegenwärtig mit Hinsicht auf die im Kleinhandel allerdings sehr geringe Preissteigerung 2218 Dollar. Die Löhne also zwischen 1190 und 1590, die Kosten der Lebenshaltung zwischen 2067 und 2533 Dollar. Um noch die Anschaffung bestehender Zugutgegenstände, wie Uhren, Spielzeug, Bücher zu ermöglichen, müßte der Verdienst noch um 100 bis 200 Dollar höher sein.

Allerdings sehen wir im Gegensatz zu diesen Ausführungen, daß eine große Anzahl der amerikanischen Industriearbeiter trotzdem Ersparnisse aus ihrem Lohn machte, sind doch die Heimsendungen der Emigranten ein sehr wichtiger Posten für das Einkommen mancher europäischer Staaten, Italien, Griechenland, der Tschechoslowakei usw. Dies ist aber nur durch die „verdamnte Arbeitslosigkeit“ dieser Arbeiter möglich, die auf Kosten der eigenen Gesundheit und eines menschenwürdigen Daseins von dem an sich schon unzureichenden Lohn noch einen Teil ersparen können.

Fachtechnisches.

Wettbewerb für Hausrellame und Hausanstrich. Unter den Städten, die sich bemühen, die Stadt farbig werden zu lassen, steht Magdeburg in erster Reihe. Kürzlich ist wieder vom Magistrat der Stadt ein Wettbewerb ausgeschrieben worden, zu dem Stadtbaurat Laut in Magdeburg wie folgt schreibt: Bei der Fülle der in Magdeburg vorgenommenen Hausrenovierungen sowie bei der zahlreichen Erneuerung und Neuanbringung von Reklameschildern und dergleichen hält der Magistrat es für angebracht, daß neben der vorbeugenden Tätigkeit der Baupolizei auf Grund des Ortsstatuts von seiten der Künstler positive Vorschläge für diese Zwecke gemacht werden, die dazu dienen sollen, die vom städtischen Hochbauamt bisher ausgeübte Bauüberwachung zu unterstützen und gleichzeitig zu entlasten. In der Hauptache soll aber damit ein enges Zusammengehen von Geschäftsleuten und Künstlern erreicht werden mit dem Ziele, daß möglichst jede neue Reklame oder jede Erneuerung der farbigen und architektonischen Erscheinung

des Hauses einem tüchtigen Architekten oder Maler anvertraut wird. Dieser Wettbewerb, der alle Magdeburger Architekten, Maler und Dekorationskünstler sowie auch diejenigen Künstler, die außerhalb Magdeburgs an der Entwicklung dieser Stadt besonderen Anteil nehmen, zur Mitarbeit aufruft, soll demnach kein Preisauschreiben im dem Sinne sein, daß eine Anzahl Preise verteilt werden; vielmehr sollen die von den Preisrichtern als die besten empfundenen Arbeiten dem Publikum nahegebracht werden, damit im Falle der Erneuerungsabsicht von Seiten der Geschäftsleute die oben erwähnte Verbindung mit den Künstlern erreicht wird. Das städtische Baupolizei- und Hochbauamt übernimmt diesen Arbeiten gegenüber die Verpflichtung, das ihrige zu diesem Zwecke zu tun, was durch ständiges Aushängen der besten Arbeiten in den Räumen des Baupolizeiamts auch nach der öffentlichen Ausstellung sämtlicher Arbeiten unterstützt werden soll. Außerdem erhalten die vom Preisgericht dazu für würdig befundenen Arbeiten eine vom Magistrat unterzeichnete Anerkennungsurkunde, damit den Künstlern den Weg zu derartigen Aufträgen erleichtert wird.

Die Bewerber werden gebeten, möglichst bestimmte Objekte innerhalb der Stadt Magdeburg zur Umarbeitung auszuwählen, wobei das Hochbauamt sowie das Baupolizeiamt auf Anfragen sich bereit erklärt, Photographien oder die alten Bauzeichnungen solcher Häuser soweit möglich leihweise zur Verfügung zu stellen. Der Wettbewerb gliedert sich demnach in folgende drei Teile:

1. Gute künstlerische Reklame an Stelle der vorhandenen schlechten für vom Bewerber dazu auswählte Häuser, wobei eine gleich starke Wirkung der Reklame auch im geschäftlichen Sinne anzustreben ist, wie sie im alten Zustande vorlag. (Auch Siebel-, Luftreklame und andere.)
2. Die eventuell damit verbundene vollständige Behandlung ganzer Häuser ebenfalls unter Zugrundelegung bestimmter Objekte.
3. Skizzenhafte Vorschläge für die farbige Behandlung von Häuserreihen und Straßenzügen unter Berücksichtigung der bisher bereits ausgeführten Hausbemalungen und des städtebaulichen Gesamtbildes.

Für die Darstellung der Arbeiten werden keine besonderen Bedingungen gestellt. Die Arbeiten können anonym mit Briefumschlag, der den Namen des Bewerbers enthält, oder unter Namensnennung eingereicht werden. Der Schlußtermin des Wettbewerbes ist der 15. Oktober 1922.

Außerdem können Künstler-, Maler- und Reklamefirmen, die Wert darauf legen, bereits ausgeführte Arbeiten einer entsprechenden Beurteilung unterzogen zu sehen, diese Arbeiten (Reklameschilder, Ladenausbauten, Hausanstriche usw.) unter näherer Bezeichnung der Verhältnisse im Stadtbezirk Magdeburg zu diesem Zwecke anmelden, die das Preisgericht beschließen und in die Beurteilung mit einbeziehen wird.

Das Preisgericht besteht aus: Stadtrat Dr. Fressdorf, Magdeburg; Maler Julius Giphens, Berlin; Direktor Walter Gropius, Weimar; Professor César Klein, Berlin; Regierungs- und Bauamt Renner, Magdeburg; Stadtbaurat Laut, Magdeburg; Professor Wolbehr, Magdeburg.

Die Bewertung der Arbeiten erfolgt nach dem Punktsystem, wobei die Punkteabgabe zeitlich jedes einzelnen Preisrichters einen Bestandteil des den Bewerbern zugehenden Protokolls sein wird.

Die Arbeiten bleiben Eigentum der Verfasser.

Das Verfahren ist für beide Teile, sowohl für den Magistrat wie für die beteiligten Künstler, unverbindlich.

Ein Wettbewerb im engeren Sinne ist das nicht, wohl aber eine begründete Unternehmung, den Bauherren gute Architekten oder Maler zuzuführen. Jede derartige Vermittlungstätigkeit ist zu begrüßen. Soffenlich hat der Versuch Erfolg. Bei der sehr geteilten Meinung über die Magdeburger Farbenfrage ist es wichtig, daß vielerlei künstlerische Handproben gezeigt werden, damit die Zeit des Fortschritts und der wohl nicht immer sofort gelingenden Versuche abgekürzt und die Spreu von dem Weizen geschieden werde.

Die **Farbwareneinfuhr Deutschlands** stellte sich im Mai 1922 auf 6010 Doppelzentner im Werte von 19333000 M und in den Monaten Januar bis Mai dieses Jahres auf 29195 Doppelzentner im Werte von 91264000 M. Die Ausfuhr ergab eine Menge von 126292 Doppelzentner im Werte von 126456000 M und in den Monaten Januar bis Mai 1922 459067 Doppelzentner im Werte von 4094318000 M. Die Einfuhr von Firnissen, Lacken und Kitten machte im Mai 177 Doppelzentner und dem Werte nach 1728000 M, in den Monaten Januar bis Mai 1410 Doppelzentner und dem Werte nach 1281000 M aus. Die Ausfuhr stellte sich im Mai auf 1417 Doppelzentner im Werte von 28228000 M und in den Monaten Januar bis Mai auf 23186 Doppelzentner im Werte von 112465000 M.

Von der ersten Juliwache an wurden von der Interessengemeinschaft der Chemischen Industrie die Preise der Anilinfarbstoffe um 30% erhöht.

Das **Weinerechenschaft** erhöhte die Preise für Bleifarben wiederum um ein beträchtliches.

Vom Leinölmarkt. Im **Marktbericht der „Farbenzeitung“** von der letzten Juliwache wird gemeldet: Für alle diejenigen Kreise, welche im Inland erzeugt werden, aber auch aus dem Ausland kommen, wird die Lage hinsichtlich angezeichnet. Die Preise gehen in phantastische Höhen, so daß man sich fragen muß, ob die Verbraucher sie überhaupt noch anlegen. Am 1. Juli waren für Leinöl in den letzten Tagen der Woche Preissteigerungen auf 110 bis 115 M pro Kilogramm mit fast ab Lager ein. Nach der fabelhaften Erhöhung der Preise für Leinöl am einheimischen Markt dürften aber die Preise für Leinöl den Gipfel noch keineswegs erreicht haben. Die für den Leinölmarkt bisher verhalten wird, liegt ganz im Dunkeln. Wenn wir von August an zunächst keine Preissteigerungen auf dem Leinölmarkt zu zahlen haben, wird eine Entspannung am Leinölmarkt eher zu erwarten sein. Die heutige Lage dürfte daher für die Käufer ein gewisses Risiko in sich bergen. Infallende Preisunterstützungen waren übrigens am vergangenen Markt gegenüber September im Norddeutschland festzustellen.

Im Norddeutschland hielten sich die Preise für Leinöl im Laufe der Woche in der Nähe von 100 bis 105 M pro Kilogramm mit fast ab Lager. Im großen und ganzen ist die Lage des einheimischen Marktes naturgemäß ganz unübersichtlich geworden, so daß man gespannt sein darf, darauf, was die nächsten Tage an den Warenmärkten wie am Devisenmarkt bringen werden. Den hohen Forderungen für Leinöl am einheimischen Markt wohnt nur wenig Berechtigung inne. Am Berliner Markt liegen die Preise für Leinöl im Laufe der Woche von 1600 bis 1850 M auf 1800 bis 2000 M pro Zentner. Der Handel ist in seinen Forderungen also keineswegs wählerisch. Im Auslande war sowohl für Leinöl wie für Leinöl ein gewisser Zug nach oben nicht zu verkennen.

Literarisches.

Statistik der Arbeitslosigkeit, 1910 bis 1922.
Das Internationale Arbeitsamt hat eben eine Statistik der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern in den Jahren 1910 bis 1922 veröffentlicht. Das Amt sammelte alle diesbezüglichen Angaben für die Genuefer Konferenz und ein Teil derselben wurde für die nun vorliegende Broschüre verwendet. Die Methoden der Sammlung und Aufarbeitung der Arbeitslosenstatistik weichen zwar von Staat zu Staat ab, aber sie gestatten doch in gewissen Grenzen die Anstellung internationaler Vergleiche. Der Leser wird darauf hingewiesen, daß Gegenüberstellungen der Prozentätze der Arbeitslosen in einzelnen Ländern mit Vorsicht zu machen sind, doch ist es ohne weiteres möglich, die Schwankungen des Umfangs der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern zu vergleichen.

Die Broschüre, die eine Reihe von Tabellen enthält, ist durch das Amt Berlin des Internationalen Arbeitsamts (Scharnhorststraße 35) zu beziehen.

„Die Glocke.“ Herausgegeben von Parvus. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68. Jede Woche erscheint ein Heft, in dem zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart Stellung genommen wird. Der Preis eines Wochenheftes beträgt 3,50 M.

Liederbücher. Das Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes macht auf die von der „Arbeiterjugend“ wie auch von der „Sozialistischen Proletarier-Jugend“ herausgegebenen Liederbücher aufmerksam, die wir besonders unsern Jugendabteilungen empfehlen können. Die Bezugsbedingungen sind:

Jugendliederbuch, 178 Lieder ohne Noten. Verkaufspreis broschiert 7 M., gebunden 12 M.

Volksliederbuch für Heim und Wanderung, 300 Lieder mit Noten für Lautenbegleitung, 16 M. Herausgegeben von Hermann Böse.

Auf diese Preise erhalten Organisationen beim direkten Bezug vom Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, 25% Rabatt; bei Abnahme von mehr als 100 Stück werden 33 1/3% gewährt.

Ferner ist neu erschienen: Unser Lied, 69 Lieder mit Noten. Preis für Organisationen netto 6,50 M. das Stück.

Vereinsteil.

Bericht der Hauptklasse für den Monat Juli.

Eingekandt haben: Altona 2700 M, Altona 5000, Altona 1476,90, Aschaffenburg 5000, Berlin 35 000, Bochum 3000, Brandenburg 5000, Braunschweig 15 000, Bremen 15 000, Bremerhaven 20 000, Cassel 50 000, Celle 3000, Chemnitz 31 500, Cottbus 4234,90, Crefeld 6000, Darmstadt 16 000, Demmin 302, Dessau 9000, Detmold 6567,40, Dortmund 30 000, Dresden 60 000, Duisburg 10 000, Düsseldorf 20 000, Eisenberg 2172,30, Eberfeld 12 000, Ebing 6000, Erfurt 10 000, Essen 41 000, Finsterwalde 6000, Flensburg 6000, Frankfurt a. M. 49 000, Frankfurt a. d. Oder 3959,50, Friedberg 11 341,50, Gießen 9000, Glogau 3316, Götting 8000, Göttingen 2232, Greifswald 500, Gumbinnen 4000, Güstrow 2800, Hagen 2000, Halle 19 000, Hamborn 4200, Hamburg 120 000, Hamm 1200, Heilbronn 10 637,90, Hof 3500, Jauer 990, Jüterburg 600, Jugoistadt 3325,80, Jüterbog 386, Kaiserslautern 5000, Kempten 944, Kiel 16 000, Rattowitz 7000, Rölln 53 000, Königsberg 13 000, Königshütte 6302,10, Köslin 6000, Kulmbach 2000, Lanenburg i. P. 1602, Leipzig 45 000, Liegnitz 5000, Lüdenscheid 3000, Magdeburg 29 000, Mannheim 60 000, Marburg 5000, Meerane 3000, München 100 000, Raumburg 3000, Neumünster 2000, Neustadt a. d. S. 1000, Neustrelitz 2681,60, Neuwied 400, Norden 2270,40, Oberstein 2000, Oldenburg 3000, Orlitz 1400,30, Osna-brück 5500, Pforzheim zurückgekommen 12 000, Plauen 27 500, Prenglau 1000, Regensburg 4000, Rosenheim 1562, Saarbrücken 10 000, Schneidemühl 2000, Siegen 2000, Solingen 6273, Steffin 15 000, Stolp 4200, Stuttgart 20 000, Ewinemünde 4600, Tarnowitz 721, Trier 5000, Ulm 648,93, Waldburg 15 000, Weiden 572, Weimar 4000, Wiesbaden 90 000, Wilhelmshaven 6000, Worms 7900, Zeitz 20 297,40, Zwickau 4000 M.

J. Heirich, Kassierer.

Sterbetafel.

Cassel. Am 22. Juni starb unser langjähriges Mitglied der **Janade Kollege Konrad Arend** aus Oberwehren im Alter von 72 Jahren. — Am 22. Juli starb das **Mitglied Kollege Heinrich Brede** aus Dornhausen im Alter von 24 Jahren.

Hainz. Am 2. August starb nach längerem Leiden unser **jünger Kollege Otto Wenzel**, Lackierer zu Rombach, im Alter von 18 Jahren.

Münster. Am 22. Juli starb unser Kollege **Philipp Reichert** von der Zahlstelle **Waldhüttelbrunn** im Alter von 39 Jahren an den Folgen einer ruckfälligen Blei-erkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Aufruf.
Der Maler **Ernst Lange**, geboren zu **Wulstorf**, wird durch sein Bruder **Gaillhermo Lange** gesucht. Er wird gebeten, sich bei der **Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft** zwecks Abreise nach Brasilien sofort zu melden. Papiere mitbringen.

Schablonen.
Rosenfeste mit Vorlage, Zuschuss, Durchstecher, Stuppschäber für Lacke, Gewebe, Strähnen, Gläsern, Ringel- u. Wellentupfer, Schwammwalzen, Ia., liefert in bestmöglicher Güte **F. Haeder, Erbenheim-Wiesbaden.**

Tüchtige selbständige Wagen-Lackierer
steht bei gutem Lohn ein **Karofflerwerk von Ennen, G. m. b. H. & Co., Essen.**

Mehrere tüchtige Lackierer u. Maler
für Waggonbau sucht **Dessauer Waggonfabrik A.-G., Dessau.**

Mehr. Malergehilfen
sucht sofort **Herm. Fiedler, Malermstr., Sülzhayn a. Sülzbach.**

Jeder Kollege
bestelle sofort einen Probeband **Der Dekorationsmaler**
8 farbige Bände mit 12 farbigen Farbentafeln. Preis A. 25 M. Voreinsendung des Betrages.
Quellen-Verlag, München-Pasing, Pippingerstr. 2.

Jünger verfeilter Holzmaler u. Lackierer
auf Richtigkeit u. Wirke eingearbeitet findet dauernde Beschäftigung bei **Phoenix-Werkwerke, Detmold.**

Perfekte Möbel-Holzmaler.
denen an dauernder Arbeit gelegen ist, stellen in größerer Anzahl ein **Pagenkopf & Heller, G. m. b. H., Rathenow.**

Wilh. L. Walter & Co. Dele, Lacke, Farben
Stillegte Bezugsquelle für Maler und Lackierer. **Hamburg, Alst. Steinweg 49.** Geschäftszeit von 8 1/2 bis 5 Uhr.

Werbt unausgesetzt neue Mitglieder!

Wir suchen zum sofortigen Eintritt selbständige **Karofflerier-Lackierer.**
Wohngelegenheit für Ledige ist vorhanden. Reisevergütung erfolgt nach Vereinbarung. Angeb. unter Angabe von Alter und Zeugnisabschriften erbeten.
Daimler-Motoren-Gesellschaft
Werk Sindelfingen.

Malerschule Buxtehude
Größe und Älteste Fachschule für Dekorationsmaler. Letzte Frequenz 288 Schüler, 24 Meisterprüfungen. Zahlr. gold. Medaillen u. Ehrenpreise Silberne Staatsmedaille 1904. Wintersemester 1922/23: 1. Oktober bis 31. März. Meisterkurse. Akademiekurse. Sonderkurse. Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

Badische Landes-Malerschule
Karlsruhe i. B., Adlerstr. 29
Kursbeginn: 2. Oktober 1922 / Kursdauer: 5 Monate / Studienbeitrag: 350 Mk. Anmeldungen bis spätestens 1. September erbeten / Auskunft erteilt die Direktion.

Beginn des 26-jährigen Kurzes unserer Spezialschule für **Holz- u. Marmorimitation**
am 1. November 1922
Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5,
Lindenstr. 19. Man verlange Prospekt!

Große Erfolge der Schüler
sind wieder (von deutschen u. ausländ. Teilnehmern) in Schotts **Maler-Technikum Schwerin i. M. 5** erzielt. Schule wurde auch kürzlich durch städtischen Zuschuss ausgezeichnet. Nähere Auskunft und ausführlichen Lehrplan (über alle Gebiete d. Malerei) kostenlos d. d. Direktion.

Arbeitslose oder eine selbständige Existenz suchende, die wöchentlich 300 bis 400 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon von Tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Pausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmateriaien sowie zur Herstellung von Plakat- und Schildermateriaien aller Art zuwenden. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jeder sofort die saubersten Glasplattmateriaien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmateriaier, die etwas ganz Neues und Bornehmes sind. Ganz Serien Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelaltpausen, jedes Altpause 26 große und 26 kleine Buchstaben in 5 verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm, sowie Zeichen, Bahnen und Verzierungen in 4 verschiedenen Größen nebst fertigen Kristallglasplatt mit eigenem Namen des Bestellers nebst fertigen Kristallglasplatt mit eigenem Namen des Bestellers im Werte von allein 20 M., einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium nebst genauer Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serie nur 75 M. gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages von 75 M.
Albin Huttmacher, Maler, Silder (Eub.), Rheinland.

Die Woche vom 14. August bis 19. August 1922 ist die 33. Beitragswache.